

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

20.5.1931 (No. 116)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Str. 903
und 954
Wohlfeldfoto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. N. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Zustellgebühr: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Die Abrüstungsfrage im Völkerbundsrat

Der deutsche Vorschlag auf Offenlegung
Br. Genf, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Heute früh 9 Uhr fand eine einkündige Unterredung zwischen Curtius und Briand statt, über deren Inhalt aber nichts bekannt geworden ist, da beide Außenminister sich sofort in die Ratstagung begeben mußten, auf der die Abrüstungsfrage und der deutsche Antrag, durch Beantwortung von Fragebogen eine genaue Übersicht über den Stand der Rüstungen und damit die Möglichkeit der Nachprüfung zu geben, zur Debatte stand. Dieser Antrag ist seinerzeit bereits von Graf Bernstorff auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz gestellt und angenommen worden, allerdings mit dem Zusatz, daß die letzte Entscheidung bei dem Völkerbundsrat liege. Der Völkerbundsrat hat im Januar eine Entschließung gefaßt, in der er das empfiel und den Generalsekretär des Völkerbunds beauftragte, die Fragebogen zu versenden. Die Ausprägung wird aber heute nicht zu Ende geführt. Zur Sache selbst haben heute Briand, Henderson, Grandi und Curtius gesprochen, wobei der letztere den deutschen Antrag begründet hat:

Wenn der Rat im Januar dieses Jahres beschlossen hat, die Regierungen zur Mitteilung des Standes ihrer Rüstungen aufzufordern, hat sich der deutschen Regierung die Überzeugung aufgedrängt, daß die Aufstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Angabe des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich ist, weil sonst ein sachgemäßer Überblick nicht zu gewinnen war. Nach der Meinung der deutschen Regierung müssen alle wesentlichen Rüstungsfaktoren darin enthalten sein, wenn der Zweck des Ratbeschlusses vom Januar d. J. erreicht werden soll. Die Konferenz muß, einzeln, wie sie sich bei ihren Beratungen zu dem kritischen Abkommensentwurf stellt, nebenfalls bei ihrem Zusammenritt ein völlig umfassendes und genaues Bild des vorhandenen Rüstungsstandes haben.

Ich kann es mir nicht vorstellen, wie sie sich ein sachgemäßes Urteil über die notwendige Herabsetzung des Kriegsmaterials der einzelnen Staaten bilden kann, wenn sie über die vorhandenen Bestände, sei es die im Dienst befindlichen, sei es die lagernden, keine Angaben besitzt, ebensowenig wie ich glaube, daß die Wehrkraft die in den Mannschafsbeständen der einzelnen Armeen verortet ist, sachgemäß geschätzt werden kann, ohne Berücksichtigung der ausgebildeten Reserven.

Die englische Regierung ist auf Grund ähnlicher Erwägungen, wie sie die deutsche Regierung angestellt hat, auch ihrerseits dazu gekommen, ein einheitliches Schema für die Angaben der einzelnen Staaten einzurichten. Leider entspricht dies jedoch nach meiner Auffassung den Erfordernissen der vollständigen Offenlegung der Rüstungen nicht, weil es so wichtige Elemente, wie die eben erwähnten, unberücksichtigt läßt. Ich glaube daher, daß der deutsche Vorschlag der bessere ist und würde es sehr begrüßen, wenn der Rat ihm den Vorzug geben würde.

Henderson begründet den englischen Antrag. Während des langwierig arbeitenden Vorbereitungsanschlusses habe man sich auf gewisse Tabellen geeinigt, deren Verwertung die britische Regierung nunmehr vorschlägt, da mit neuen grundsätzlichen Erweiterungen begonnen werden müsse. Die deutschen Vorschläge seien mit großer Sorgfalt und Gründlichkeit ausgearbeitet und könnten geradezu als ideal betrachtet werden. Aber darin liege vielleicht ihr Fehler vom Standpunkte der praktischen Arbeit, da die Mehrheit dagegen sei.

Briand wies auf die Schwierigkeiten hin, die überwunden werden müßten, damit im Vorbereitenden Ausschuss eine Einigung zustande käme. Manche Punkte in den deutschen Vorschlägen ständen im Widerspruch zu den grundsätzlichen Fragen, die im Vorbereitenden Ausschuss gelöst worden seien, so daß die französische Regierung zu ihrem Bedauern diese Vorschläge nicht annehmen könne. Es dürfe jetzt nichts unternommen werden, was neue Schwierigkeiten und neue Verwicklungen schaffen müßte. Man dürfe nicht, um Besseres zu leisten, das bereits Gelernte verschlechtern.

Der italienische Außenminister Grandi erkannte die Vorzüge der deutschen Vorschläge an und kritisierte die englischen Vorschläge als unvollständig und ungenügend. Aber im Augenblick sei über nichts Besseres eine allgemeine Einigung zu erzielen, deshalb erkenne die italienische Regierung die englischen Vorschläge als Grundlage für einen vorbereitenden Meinungsaustausch über die Abrüstung an.

Es wurde nach längerer Aussprache beschlossen, am Freitag auf Grund eines bis dahin ausgearbeiteten Vorschlages eine Entscheidung zwischen den beiden Vorschlägen, dem deutschen und dem englischen, zu treffen.

Henderson Vorsitzender der Abrüstungskonferenz

Der Völkerbundsrat hat am Dienstag in geheimer Sitzung dem britischen Außenminister Henderson die Übernahme des Vorsitzes auf der Abrüstungskonferenz angetragen. Henderson hat sich zur Übernahme des Vorsitzes bereit erklärt.

Br. Genf, 20. Mai. Der Völkerbundsrat hat in einer nichtöffentlichen Sitzung heute mittag beschlossen, daß die Abrüstungskonferenz in Genf stattfinden wird.

Kommunistisches Waffenlager in München. Vor einigen Tagen wurde in München ein kommunistisches Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt. Festgenommen wurden 8 Personen, gegen weitere 5 Kommunisten liegt Haftbefehl vor.

Letzte Nachrichten

Die neue Zuspielung der Finanzlage Finanzministerkonferenz in Berlin

Br. Berlin, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Im preussischen Finanzministerium sind heute vormittag die Finanzminister der Länder zusammgetreten. An der Besprechung nehmen teil die Vertreter von Bayern, Württemberg, Sachsen, Thüringen und Hessen. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers Dr. Höpker-Ashoff tagt, dient einer allgemeinen Aussprache über die Finanzlage. Besondere Beschlüsse sind nicht zu erwarten.

Die „D. Z.“ behauptet, daß auf der Länderkonferenz eine ziemlich erregte Stimmung herrsche; man spreche bereits von einer offenen Krise, wegen der bayerischen Stellungnahme beim Steuervereinhilfengesetz. Von anderer Seite wird dazu erklärt, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und München nicht abgebrochen seien, auch vorläufig nicht den Eindruck eines bevorstehenden Bruchs machen. Man glaube vielmehr eher, daß eine Einigung auch in dieser Frage erzielt werden wird.

Wiederauflösung des Bullerjahn-Prozesses Haftentlassung abgelehnt

Br. Berlin, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat — wie die „D. Z.“ berichtet — den Antrag auf Wiederaufnahme des wegen angeblichen Landesverrats zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilten Oberlagerverwalters Walter Bullerjahn für zulässig erklärt. Der Strafsenat hat angeordnet, daß der frühere Generaldirektor v. Gontard von den Berlin-Karlsruher Industriemessen im Wiedererhebungsverfahren als Zeuge vernommen wird. Diese Vernennung findet durch den vom Strafsenat dazu beauftragten Richter, Reichsgerichtsrat Goeder, statt. Die Entscheidung über weitere Beweisverhandlungen im Wiedererhebungsverfahren hat sich der Senat vorbehalten. Gleichzeitig hat der Senat die Haftentlassung Bullerjahns, der jetzt das 7. Jahr seiner Zuchthausstrafe verbüßt, abgelehnt.

Der Beschluß des Reichsgerichts hat zunächst nur rein formelle Bedeutung. Es steht zur Zeit nach keineswegs endgültig fest, ob das Wiedererhebungsverfahren durchgeführt wird. Hierüber wird der erkennende 4. Strafsenat erst nach der Beweisvernehmung sich schlüssig werden.

Weitere Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet

Br. Saarbrücken, 20. Mai. (Tel.) Wie die „Saarb. Ztg.“ erfahren haben will, beabsichtigt die Bergbauverwaltung des Saargebietes in diesen Tagen erneut, 6000 Bergarbeiter, größtenteils Saargänger, aus den ländlichen Grenzgebieten, zu entlassen.

Ausfahrungen vor dem Sowjetkonsulat in Lemberg

Br. Warschau, 20. Mai. (Tel.) In Lemberg kam es gestern zu Anmahlungen von Erwerbslosen vor dem Sowjetkonsulat, weil das Gericht ausgepfändet worden war, daß man dort Handgeld erhalten könne, wenn man sich zu Arbeiten in Sowjetrußland verpflichte. Tatsächlich sollen auch Arbeitslose von Beamten des Konsulats registriert worden sein und Vorstoß bekommen haben. Die Anmahlungen vor dem Konsulat wurden immer größer und bald kam es auch zu Ausschreitungen. Polizei eilte herbei, um die Arbeiter auseinanderzutreiben. Die polnische Presse behauptet, daß Beamte des Konsulats mehrfach von den Fenstern aus photographische Aufnahmen der Ausschreitungen gemacht hätten.

Regierungskrise in Oesterreich

Um die Gehaltsfürzungen

Die Regierung Ender kämpft mit großen innerpolitischen Schwierigkeiten. Die Vorschläge, die Finanzminister Dr. Jusch für die Sicherung des laufenden Budgets erbatete, vornehmlich Reform der Arbeitslosenversicherung und Besoldungssteuer auf alle Festangestellten, sowie Kürzung der Sonderzulagen bei den staatlichen Beamten stießen auf größten Widerstand bei den Großdeutschen, deren Wähler sich vornehmlich aus Beamten zusammensetzen. Diese Partei lehnte die geplanten Maßnahmen ab und verlangte ein positives Eingehen auf ihre Vorschläge. Das bedeutet eine Regierungskrise, da dem Kabinett der großdeutsche Abgeordnete Schürff als Justizminister angehört. Die Entscheidung soll bis zur Rückkehr Dr. Schobers aus Genf hinausgezogen werden.

Die Regierung hat ein für die Selbstschutverbände und ähnliche Organisationen im ganzen Bundesgebiet ab 31. Mai bis auf weiteres geltendes allgemeines Aufmarschverbot erlassen.

Br. Genf, 20. Mai. (Tel.) Über die innerpolitischen Vorgänge in Oesterreich verlautet aus bestunterrichteter Quelle, daß der Ministerrat heute vormittag die Vertagung der innerpolitischen Entscheidung bis zur Rückkehr Schobers auf die kommende Woche verschoben hat.

Erdbeben in Lissabon

Br. Lissabon, 20. Mai. (Tel.) Heute früh um 3.55 Uhr sind hier zwei starke Erdstöße verspürt worden. Mehrere Gebäude stürzten zusammen, ein größerer Sachschaden ist aber nicht entstanden. Auch in anderen Teilen des Landes, insbesondere in Porto und in Coimbra sowie auf der Insel Madeira, war das Beben zu verspüren.

Der Haag hat nun das Wort

Die Schlußdebatte um die Zollunion

Die Debatte im Völkerbundsrat über das deutsch-österreichische Zollprojekt endete am Dienstag, wie gemeldet, mit der Annahme der Überweisung des englischen Antrages an den Haager Gerichtshof.

Dr. Curtius hat den unerrückbaren Standpunkt der deutschen und österreichischen Regierung noch einmal zum Ausdruck gebracht. Deutschland und Österreich haben an ihrem Standpunkt trotz des starken Drucks, der auf Österreich hier ausgeübt worden ist, festgehalten. Die Ratsmächte können sich nach den Ausführungen des deutschen Vertreters nicht im Unklaren sein, daß, wenn das Gutachten des Haager Gerichtshofes zu dem Ergebnis kommt, daß Österreich gegen seine internationalen Verpflichtungen nicht verstoßen hat, Deutschland eine weitere Prüfung der Angelegenheit über die juristische Seite hinaus, nach der politischen Seite hin, durch den Völkerbundsrat nicht zulassen wird.

Andererseits wird darauf hingewiesen, daß Deutschland und Österreich in Genf völlig isoliert waren. Die beiden Außenminister mußten, um ihr gutes „Recht“ juristisch zu beweisen, immer wieder betonen, sie hätten nie daran gedacht, die Unabhängigkeit Österreichs anzutasten. Deutschland und Österreich waren also gezwungen, ein unfreiwilliges Bekenntnis gerade zu einem der ungerechtesten Artikel der Friedensverträge abzulegen. Zunächst hat Briand einen Aufschub der Zollunion erreicht und alles getan, um seine weiteren Angriffe politisch vorzubereiten.

Nach den Angriffen des südslawischen Außenministers Marinkowitsch auf die Zollunion erklärte Briand: Der Ausgangspunkt der Genfer Erörterung über die deutsch-österreichische Zollunion sei auf Grund des Antrages von Henderson die Rechtsfrage. Aber darüber hinaus müsse daran festgehalten werden, daß jedes Völkerbundsmitglied das Recht habe, eine Angelegenheit, die den Frieden der Welt oder das gute Einvernehmen störe, vor den Rat zu bringen. Dieses Recht werde gemäß nicht leichtfertig ausgeübt werden. Es liege darin für ein großes Volk nichts Demütigendes, wenn es nur den aufrichtigen Willen zur Zusammenarbeit und die feste Absicht habe, nichts zu tun, was den Frieden der Welt stören könnte.

Dr. Curtius erklärte auf die Ausführungen Briands, er habe seinen eigenen politischen Darlegungen nichts hinzuzufügen, wolle aber auf die von Briand erwähnten historischen Parallelen eingehen. In die Auseinandersetzung, die im weiteren Verlauf einen immer stärkeren theoretischen und historischen Charakter annahm, griff zunächst Henderson mit dem von der Versammlung mit großer Begeisterung aufgenommenen Vorschlag ein, der Haager Gerichtshof möge nun gleichfalls auch entscheiden, welche Auffassung der Historiker über den französisch-belgischen Zollunionsplan die genau richtige sei.

„Echo de Paris“ und die Rede Marinkowitsch

Br. Paris, 20. Mai. (Tel.) Während Sauerwein im „Matin“ sich bemüht, nachzuweisen, daß die Erkenntnis der Bedeutung und der Vorgänge des französischen Wirtschaftsplanes sich in Genf allgemein durchgesetzt haben, glaubt das „Echo de Paris“ warnend auf die Rede des südslawischen Außenministers hinweisen zu müssen. Marinkowitsch sei keineswegs bereit, das Vorzugszollregime, das die Industriestaaten den Agrarstaaten gewähren sollen, durch ein Vorzugsregime zugunsten der Produkte der Industriestaaten zu bezahlen. Auf diese Weise sei die Zusammenarbeit Frankreichs und der Kleinen Entente in diesem so kritischen Augenblick vor aller Augen in Frage gestellt. Die Staaten der Kleinen Entente seien mit der von Briand in Genf betriebenen Wirtschaftspolitik unzufrieden, denn diese Politik habe ihnen seit 1927 nur Enttäuschungen, aber keine Hilfe gebracht. Sie wollten bestimmte Sonderabkommen, wenn sie sie nicht bei ihren Ministern fänden, dann würden sie sie anderswo suchen.

Der polnische Bericht über die Minderheiten

Der Bericht der polnischen Regierung über ihre Maßnahmen gegenüber den übergriffen, denen die deutsche Minderheit in Polen im Herbst 1930 ausgesetzt gewesen ist, wurde am Dienstag den Ratsmächten übermittelt. Statt vor Beginn der Ratstagung, steht dieser Bericht erst gestern zur Verfügung. Die Verzögerung der Übergabe hat in Genf besonders deshalb sehr befremdend gewirkt, weil der Völkerbundsrat im Januar ausdrücklich die Erwartung ausgesprochen hat, daß die polnische Regierung rechtzeitig vor der Mattagung die notwendigen Aufklärungen über die Erfüllung der Polen im Januar erteilten Auflagen geben werde.

Die Mitteilungen der Denkschrift über die von der polnischen Regierung getroffenen Maßnahmen, insbesondere soweit es das Verhältnis zwischen Behörden und Aufständischenverbänden betrifft, erwecken den Eindruck, daß es sich wesentlich um Zweckmäßigkeitsmaßnahmen für den Augenblick handelt. Besonders gravierend ist die Tatsache, daß die Denkschrift über die eindeutigen Forderungen des Rats bezüglich der „unmittelbaren Verantwortlichkeiten“ hinweggeht. In dem Bericht der Januartagung des Rates heißt es ausdrücklich, „es ist notwendig, daß die polnische Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreift, welche zwischen den Behörden und derartigen Verbindungen (Aufständischenverbände) bestehen sollen“. Statt dessen beschränkt sich die polnische Denkschrift lediglich darauf, daß die polnische Regierung alles getan hätte, um zur Beruhigung der Gemüter beizutragen. Das ganze Kapitel über diese Forderung ist in der Denkschrift nur eine ganze Schreibmaschinzeile lang.

Die Süddeutschen Baumwollindustriellen in Heidelberg. Der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller hielt in Heidelberg seine ordentliche Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende Geh. Kommerzienrat O. Lindenmeyer, Augsburg, verbreitete sich in einem längeren Vortrage über die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Verhältnisse in der Baumwollindustrie. Er führte eine der Hauptursachen der gemäßigten Arbeitslosigkeit auf die Überlastung der Industrie zurück, die diese infolge der zu hohen Herstellungslosten zu tragen habe. So, wie die Dinge liegen, könne auf eine auch nur halbwegs befriedigende Unterbringung des enormen Arbeitslosenheeres in der Industrie leider nicht mehr gerechnet werden. Die einzige Hoffnung setzt der Redner auf eine intensive Bearbeitung des deutschen landwirtschaftlichen Bodens zwecks Hebung der heimischen Produktion. Die Industrie beläme dann für ihren fehlenden Export einen Ersatz in den neuen Abnehmern der Landwirtschaft. Der Redner bezweifelt nach einem Hinweis auf die gegenwärtigen internationalen Marktverhältnisse den Erfolg einer europäischen Zollunion, solange wir nicht gleichgelagerte Wirtschafts- und Lebensbedingungen in allen beteiligten Ländern haben. Jedenfalls bedürfte die Baumwollindustrie Deutschlands heute dringend eines höheren Zollschatzes.

Generalversammlung der B33. Die am Dienstag am Sitze der Bank in Basel unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsrates, Max Garraz, abgehaltene erste Generalversammlung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich nahm ohne jede Erörterung den Geschäftsbericht für das erste 10½ Monate umfassende Geschäftsjahr entgegen und stimmte dem Vorschlage auf Verteilung von 6 Proz. Dividende aus einem Reingewinn von 11,2 Millionen Franken zu. An der Generalversammlung nahmen die Präsidenten bzw. ihre Vertreter von Notenbanken aus 24 europäischen und außereuropäischen Ländern teil. Deutschland war u. a. vertreten durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, Geh. Finanzrat Dr. Bode, Generaldirektor Reusch und Bankier Dr. Melchior.

Kurze Nachrichten aus Baden

Pfingsttreffen der badischen Segelflieger

20. Mannheim, 20. Mai. Über Pfingsten treffen sich die Segelfliegergruppen aller badischen Luftfahrvereine, um einen engeren Zusammenschluß in einem Landesverband herbeizuführen. Die Führung hat der Badisch-Pfälzische Luftfahrverein Mannheim, zusammen mit den Vereinen für Luftfahrt in Freiburg und Donaueschingen-Neustadt übernommen. Als Tagungsort ist der Feldberg bei Heidelberg gewählt, zumal sich dort ausgezeichnete Gleit- und Segelflug-

möglichkeiten ergeben. Bei Eignung des Geländes soll dort der badische Segelflugplatz für alle Training- und Rekordflugmöglichkeiten festgestellt werden. Zu der Tagung stellt der Badisch-Pfälzische Luftfahrverein durch seine Ortsgruppe Heidelberg je eine Segelflug- und eine Gleitflugmaschine mit genügend ausgebildeten Piloten zur Verfügung.

Schwerer Sturm auf dem Bodensee

20. Konstanz, 20. Mai. Von einem schweren Sturm wurde der Bodensee am Sonntag heimgesucht. Der Badische Dampfer „Stadt Konstanz“ konnte infolge der außerordentlichen Heftigkeit des Sturmes nicht mehr anlegen. Er mußte direkt nach Lindau und von dort ohne Bedienung von Hochau nach Bregenz durchfahren. Auch dem österreichischen Dampfer „Stubai“ war ein Anlegen zwischen Lindau und Friedrichshafen unmöglich. Die Stärke des Sturmes war derart, daß die Brandung der Wellen nicht nur den vorderen zweiten Schiffsplatz gänzlich mit Sturzwellen, sondern sogar das Steuerhaus und darüber hinaus auch das Sonnendeck des ersten Schiffsplatzes übergoß. Während am Vormittag Föhnsturm bei heftigster Fernsicht eine Schattentemperatur bis zu 25 Grad Celsius mit sich gebracht hatte, trat nach einigen Stunden der Kauf jäh ein Umschwung ein. Es begann ein Weststurm sein Spiel mit den noch vom vormittag erregten Wellen. Auch dieser erschwerte die Schifffahrt bedeutend und verursachte bei dem ziemlich regen Ausflugsverkehr teilweise nicht unbedeutende Verspätungen.

Neue Gesetze. In der Nummer 26 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes wird das Gesetz zur Änderung des Einführungsgebietes zu den Reichsjustizgesetzen, und in Nummer 27 das neue Spartaßengesetz veröffentlicht.

20. Mannheim, 20. Mai. Die Betriebe des Palastkaffees und der „Libelle“ sind am Dienstag geschlossen worden, da der Pächter angesichts der schlechten Wirtschaftslage keine Möglichkeit sieht, eine Rentabilität zu erzielen. Mit einem auswärtigen Cafetier sollen ausrichtsreiche Verhandlungen schweben.

20. Heidelberg, 19. Mai. Nach einem Bericht der hiesigen Großmarkthalle sind die Aussichten für die diesjährige Obsterte außerordentlich günstig. Bei Kirchen ist mit einer guten Mittel-ernte zu rechnen, bei Erdbeeren dürfte es eine Volkernte geben. Auch bei dem übrigen Obst, insbesondere Birnen, Äpfel und Pflaumen, sind die Aussichten günstig.

20. Heidelberg, 19. Mai. Die Hauptversammlung in der bekannten Angelegenheit der zusammengebrochenen Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft m. b. H., wird wahrscheinlich Ende Juni

oder im Juli stattfinden und mindestens acht Tage dauern. Die Anlage lautet auf Antritte, betrügerischen Bankrott und Betrug.

20. Heidelberg, 19. Mai. Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Heidelberg verzeichnet nach Müllerslage von 2000 M im Geschäftsjahr 1930 einen Überschuß von 246 000 M. Reverbungs sei die Belastung aber so stark gestiegen, daß für die nächste Zukunft ein nennenswerter Überschuß nicht zu erwarten sein werde.

20. Jhringen (Kaiserstuhl), 20. Mai. In jeder Beziehung, unbeeinträchtigt von nachteiligen Frösten, verlief in diesem Jahre der Zeitabschnitt der Kirchsbaumblüte. Die Hoffnung auf einen üppigen Fruchtansatz hat nicht getrogen; am westlichen Kaiserstuhl versprechen die Kirchsäume einen reichen Ertrag. Wenn tierische oder pflanzliche Schäden dem Kirchsbaum fernbleiben oder doch nicht zu stark auftreten, werden die reifen Kirchen dem Landwirt in den nächsten Wochen die so nötigen Voreinnahmen bringen.

20. Weitingen (Am Neckar), 19. Mai. Der frühere Zentrumsabgeordnete des Landtages, Bürgermeister Martin von hier, konnte dieser Tage sein 30jähriges Amtsjubiläum als Bürgermeister feiern.

20. St. Georgen i. Schw., 19. Mai. Heute morgen gegen 6 Uhr entzünd in der Gemeinde Brigach ein Brand, dem wieder ein altes Schwarzwaldbauernhaus zum Opfer gefallen ist. Auf noch ungeläuter Weise brach auf der Bühne des Schweizermischhofes, der dem Landwirt Mathias Hemminger gehört, Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit den großen Hof einäscherte. Der Schaden beläuft sich auf insgesamt 40 000 M. Gerettet werden konnte so gut wie nichts. Der Brandgeschädigte ist nur schwach versichert.

20. Brenden (A. Waldshut), 20. Mai. In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages brach im Anwesen des Landwirts und Försters Otto Jiele Feuer aus, das sich so rasch ausbreitete, daß keine Rettung mehr möglich war. Das gesamte Anwesen, bestehend aus Wohn- und Ökonomiegebäude wurde in Asche gelegt. Die Familie Jiele konnte nur das nackte Leben retten. Mit knapper Not gelang es einigen Vieh in Sicherheit zu bringen. Der Gebäudeschaden allein beträgt 32 000 M.

20. Albrunn (Waldshut), 20. Mai. Bei den Arbeiten am Kraftwerkbau Dogern-Albrunn ereigneten sich gestern zwei schwere Unfälle. Der Maschinist Alfred Spießinger fiel in eine Betonmaschine und erlitt schwere Rippenverletzungen, so daß er lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus Waldshut verbracht werden mußte. Der Arbeiter Friedr. Schmitt brach den linken Fuß bis zum Knie mehrmals, so daß dieser im Krankenhaus Waldshut abgenommen werden mußte.

als Sie erwarten, wird Ihre Pfingst-Kleidung ausfallen durch Einkauf bei

Preiswerter,
Schöner,
Besser,

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

209

An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Bäckerei- und Konditoreiwarenbestellungen

werden für die Pfingstfeiertage nur bis Freitagabend in unseren Abgabestellen entgegengenommen. Wir bitten, diesen Termin einzuhalten, weil sonst keine Gewähr für pünktliche Lieferung gegeben ist. L. 208

Lebensbedürfnisverein

Bekanntmachung
Ausschreibung des Bezirkes IV
Sendele in Heidelberg betr.

Der durch Tod freigewordene Bezirk IV, umfassend die Stadtteile Neuenheim und Handschuhheim, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind bis 25. Juni 1931 unter Anschluß der in § 2 der B.O. vom 29. November 1921 verlangten Unterlagen beim Bezirksamt Heidelberg einzureichen.

Wir bemerken, daß der Bezirk IV nicht mehr in seinem seitherigen Umfange bestehen bleiben wird, da eine Neueinteilung im Gange ist.

Heidelberg, den 12. Mai 1931. R. 456
Bezirksamt II.

Von den in Baden zugelassenen Rosen der **Mainzer Pferde-Lotterie** wurden am 14. März 1931, folgende Nummern gezogen:

Je 10 M auf Ros.-Nr. 10 488, 24 068, 24 839.
Je 5 M auf Ros.-Nr. 10 718, 11 296, 11 359, 20 189, 24 659, 24 726, 24 753.
Je 2 M auf Ros.-Nr. 10 142, 10 157, 10 282, 10 263, 10 337, 10 380, 10 408, 10 479, 10 496, 10 560, 10 584, 10 609, 10 733, 10 990, 11 078, 11 108, 11 155, 11 305, 11 324, 11 366, 11 421, 11 495, 20 014, 20 114, 20 431, 24 003, 24 131, 24 172, 24 189, 24 201, 24 227, 24 243, 24 298, 24 304, 24 412, 24 429, 24 505, 24 640, 24 685, 24 687, 24 795, 24 874, 24 902, 24 947.

Auszahlung erfolgt durch: L. 210
Eberhard Feyer, Karlsruhe (Baden), Kreuzstr. 28.

Wir werben für Sie!

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
DOSENHEIM A. S. G. M. B. H.

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

20. Karlsruhe, 20. Mai. 1. Zu Band II Seite 98: Meinger Karl Wilhelm, Maurer, Teufelshausen und Elisabeth geb. Zimmermann, Vertrag vom 1. Mai 1931. 2. Seite 99: Schürmann Alois, Dentist, Karlsruhe, und Anna geb. Fraumond, Vertrag vom 2. April 1931. 3. Seite 100: Wolfgang Sigmund, Gastwirt, Karlsruhe und Berta geb. Müllrich, Vertrag vom 31. März 1931. 4. Seite 101: Gutertrennung, 16. V. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 21. Mai 1931
*D 27 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 301-400

Zum erstenmal
Voruntersuchung

Schauspiel von Max Alberg und Otto Ernst Besse
Regie: v. b. Trend

Mitwirkende:
Vertram, Frauendorf, Greter, Ademacher, Schreiner, Brand, Graf, Föder, Just, O. Kienker, S. Kienker, Moebbe, Ruhne, Luther, Müller, Prüter, Schulze, Seibert

Anfang 19 Uhr, Ende 22 Uhr
Preise A (0,70-5 M)

Öffentliche Versteigerung.

Am 28. Mai 1931, nachmittags 5 Uhr, werde ich in der Maschinenfabrik Lorenz & Co. zu Ettlingen im Auftrage gegen Verzählung

1 wenig gebrauchte Fahrradstohmaschine
System Fellows, Fabriknummer 2848 Fabrikat Lorenz Baujahr 1929, öffentlich versteigern. R. 464
Dietrich, Gerichtsvollzieher.

Öffentliche Spartaße Redarbischofsheim

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva		Passiva	
	M		M
1. Kassenbestand	7 762,83	1. Spareinlagen	1 265 107,96
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassam	95 671,40	2. Giroeinlagen	24 219,77
3. Wechsel	600,-	3. Reservefonds	59 889,11
4. Darlehen auf Hypotheken	572 982,45	Stand 31. 12. 1929	28 339,87
5. Kaufschillingsforderungen	5 200,-	Reingewinn per 1930	
6. Lombarddarlehen	1 900,-		
7. Darlehen an Gemeinden	324 877,90		
8. Darlehen auf Schuldschein	151 965,64		
9. Forderung an die Aufwertungsmaße (an die Aufw. wurden 174 381,36 M mehr rückbezahlt, als von den Aufwertungsmaßeneingängen)	174 381,36		
10. Einzahlungsrückstände	32 265,13		
11. Grundstücke u. Gebäude, Bilanzwert	10 000,-		
	1 377 606,71		1 377 606,71
Forderungen der Aufwertungsmaße (darunter Wertpapiere zum Börsenpreis von 79 719,- M)	226 653,46	Schulden der Aufwertungsmaße:	
	1 604 260,17	a) an die Mitsparer restlich	52 272,10
		b) an die ordentliche Jahresrechnung	174 381,36
			1 604 260,17

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 289 327,73 M Einlagen = 103 146,16 M
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 88 278,98 M
Somit weniger = 14 867,18 M

Redarbischofsheim, den 1. Mai 1931. R. 460
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: H. H. Heim.
Der Geschäftsführer: T. Müller.